

## **Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des NR in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003**

### **Inhaltsübersicht**

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

### **1 Auftrag**

Gemäss Artikel 15 Absatz 2 GRN haben die Legislativkommissionen folgenden generellen Auftrag:

- a. Beratung der ihnen vom Büro zugewiesenen Geschäfte aus ihren Sachbereichen zuhanden des Rates;
- b. regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Sachbereichen;
- c. Ausarbeitung von Anregungen und Vorschlägen zur Problemlösung in ihren Sachbereichen;
- d. Koordination mit den Kommissionen beider Räte, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten, insbesondere mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Kommission für Wirtschaft und Abgaben folgende Sachbereiche zugewiesen: Botschaften, parlamentarische Vorstösse und Berichte mit volkswirtschaftlicher oder steuerrechtlicher Tragweite. Die behandelten Fragen umfassen die volkswirtschaftliche Entwicklung generell sowie die Bereiche i) Arbeit, Sozialpartnerschaft, ii) Banken, Geld, Kreditwesen, Privatversicherungen, iii) Konkurrenz und Kartelle, Preise und Konsum, iv) Industrie und Gewerbe sowie Handel und Dienstleistungen, v) die Exportrisikogarantie, vi) die Regionalentwicklung, vii) die Landwirtschaft und schliesslich viii) den Bereich Abgaben, Steuern, Zölle und Gebühren.

## 2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

### 21 Statistischer Überblick

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hat insgesamt 197 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	<b>Geschäftstyp</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Verhältniszahlen</b>
a.	Volksinitiativen	1	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	57	
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates	4	
d.	Vorprüfung von Parlamentarischen Initiativen	48	<i>Folge geben / Nicht Folge geben</i>
e.	Vorprüfung von Standesinitiativen	19	<i>Folge geben / Nicht Folge geben</i>
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.lv. / Kt.lv. 2. Phase, Komm.lv.)	4	<i>Annahme / Ablehnung</i>
g.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa. Iv.)	2	<i>Annahme / Ablehnung</i>
h.	Kommissions-Vorstösse	0	<i>Motionen / Postulate</i>
i.	Motionen des anderen Rates	6	<i>Angenommen / Als Postulat überwiesen / Abgelehnt</i>
j.	Petitionen	18	<i>Folge geben / Kenntnisnahme</i>
k.	Interne Geschäfte	38	
l.	Spezialfälle	0	
	<b>Total</b>	<b>197</b>	

### 22 Vorlagen des Bundesrates

Die wichtigsten Geschäfte der Kommission:

- 01.020 Goldinitiative
- 00.042 Stiftung solidarische Schweiz
- 00.056 Volksinitiative « für eine kürzere Arbeitszeit »
- 00.087 Volksinitiative « für eine Kapitalgewinnsteuer »
- 01.019 Arbeitslosversicherungsgesetz. 3. Revision
- 98.078 Konsumkreditgesetz
- 00.075 Wirtschaftliche Erneuerungsgebiete. Verlängerung
- 00.057 Bundesgesetz über das Reisengewerbe
- 01.021 Steuerpaket
- 02.010 Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (nicht fertig beraten)
- 02.071 Kartellgesetz. Revision

- 02.046 Agrarpolitik 2007
- 02.084 BG über Banken und Sparkassen. Revision
- 02.078 Neue Finanzordnung (nicht fertig beraten)
- 02.050 Nationalbankgesetz. Totalrevision
- 03.021 Exportförderung 2004 – 2007

### **23 Vorprüfung Parlamentarische Initiativen / Standesinitiativen**

- Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hat 48 Pa.Iv. (9 Folge geben, 14 nicht Folge geben) und 19 Kt.Iv. (5 Folge geben, 8 nicht Folge geben) vorgeprüft.

### **24 Ausarbeitung einer Vorlage**

Ausarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlus sentwurfes unter Federführung der Kommission (2. Phase): die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hat ihrem Rat vier derartige Vorlagen (alle im Bereich der Mehrwertsteuer) unterbreitet:

- 00.404 Pa.Iv. Triponez Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer. Änderung
- 01.418 Pa.Iv. Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer. Änderung (WAK-N)
- 01.453 Pa.Iv. Stump, Steuerbefreiung für Beiträge zur Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung
- 01.454 Pa.Iv. Vaudroz, MWST und Parkplätze

### **25 Übrige Aktivitäten**

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben im Sinne von Art. 15 Abs. 2 Bst. b und c GRN (siehe oben) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

- Sie unterhielt sich mit Bundesrat Villiger über den Schweizer Finanzplatz,
- führte verschiedene Anhörungen durch, insbesondere im Zusammenhang mit regionalpolitischen Fragen;
- empfing parlamentarische Delegationen aus Schweden, Russland, Tschechien und Kroatien und Sachsen;
- nahm zusammen mit der WAK-S an den Versammlungen der IPAAF teil;
- nahm u. a. die Berichte des Bundesrates über Parallelimporte, über die Förderung von Unternehmensgründungen, über die Evaluation der wirtschaftsrechtlichen Verfahren in der Bundesgesetzgebung, über Massnahmen zur Deregulierung und administrativen Entlastung und über städtische Kerngebiete zur Kenntnis;
- nahm Betriebsbesichtigungen in den Regionen Neuenburg und Genf vor.
- Aussprachen mit dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements zum Wachstumsbericht und den von der IDA-Wachstum vorgeschlagenen Initiativen.
- Aussprachen mit dem Direktor der Schweizerischen Nationalbank.
- Konsultationen zu Leistungsaufträgen bezüglich Swissmint, Landwirtschaftliche Forschung, Nationalgestüt und Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung gemäss Art. 44 RVOG.

### **3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen**

#### **31 Präsidium**

- Präsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Rudolf Strahm (SP)
- Vizepräsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Jean-Philippe Maitre (CVP)
- Präsident Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Jean-Philippe Maitre (CVP)
- Vizepräsident Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Fulvio Pelli (FDP)

#### **32 Mitglieder der Kommission**

- Zusammensetzung der Kommission seit der Wintersession 1999: Baader Caspar, Berberat Didier, Blocher Christoph, Bühler Gerold, Ehrler Melchior, Fässler Hildegard, Favre Charles, Genner Ruth, Goll Christine, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Kaufmann Hans, Maitre Jean-Philippe, Meier-Schatz Lucrezia, Oehrli Fritz Abraham, Pelli Fulvio, Raggenbass Hansueli, Rechsteiner Paul, Rennwald Jean-Claude, Schneider Johann N., Speck Christian, Spuhler Peter, Strahm Rudolf, Tschuppert Karl, Zwygart Otto

Austritte und Neumitglieder seit der Wintersession 1999:

- Donzé ersetzt Zwygart seit dem 5. Oktober 2000
- Wandfluh ersetzt Speck seit dem 1. Januar 2002

#### **33 Subkommissionen**

Die Kommission hat folgende Subkommissionen eingesetzt:

- Subkommission Eigenmietwert/Systemwechsel: Raggenbass (Präsident), Baader Caspar, Fässler, Favre, Gysin Hans-Rudolf, Kaufmann, Strahm
- Subkommission Exportförderung: Schneider (Präsident), Genner, Gysin Remo, Meier-Schatz, Spuhler
- Subkommission Fusionsgesetz: Baader (Präsident), Bühler, Fässler, Goll, Kaufmann, Pelli, Raggenbass
- Subkommission Ausländergesetz: Strahm (Präsident), Baader Caspar, Ehrler Melchior, Favre, Goll, Kaufmann, Meier-Schatz, Pelli, Rennwald
- Subkommission Schwarzarbeit: Pelli (Präsident), Goll, Gysin Hans Rudolf, Kaufmann, Raggenbass, Rechsteiner Paul, Spuhler

### **4 Zeitaufwand der Kommission**

#### **41 Kommission**

Die insgesamt 29 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 55 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 399,40 Stunden (knapp 7,25 Stunden pro Sitzungstag).

#### **42 Subkommissionen**

Die insgesamt 19 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 19 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 53,2 Stunden (knapp 2,8 Stunden pro Sitzungstag).

## 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

### 51 Prüfung von Bundesratsvorlagen

Bei den Bundesratsvorlagen können grundsätzlich drei Bereiche unterschieden werden: Erstens das Steuerpaket 2001, das noch dem Volk vorgelegt wird, zweitens die Vorschläge bezüglich der Verwertung der überschüssigen Goldreserven (die der Volkabstimmung unterbreitete Vorlage wurde verworfen) und drittens die Unterstützung der Reform der Wirtschaftsstrukturen der Schweiz in Bereichen wie Tourismus und Landwirtschaft oder die alle Wirtschaftssektoren betreffenden Vorlagen wie das Kartellgesetz. In der kommenden Legislatur wird sich die Kommission wiederum mit den überschüssigen Goldreserven Reformen der Wirtschaftsstrukturen zu befassen haben.

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die wichtigsten Dossiers der vergangenen Legislaturperiode:

#### Steuerpaket

##### Ehepaar- und Familienbesteuerung

Die Räte beschlossen die Umsetzung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung im Bereich der Ehepaarbesteuerung und führten ein Teilsplitting (Divisor 1,9) ein. Bei den Abzügen wurden die Familien begünstigt: So wird der allgemeine Abzug auf 1400 Franken reduziert, dafür aber die Abzüge für minderjährige oder in Ausbildung stehende Kinder auf 9300 Franken und die Kinderbetreuungsabzüge auf 7000 Franken erhöht.

##### Wohneigentumsbesteuerung

Der Bundesrat hat einen Systemwechsel vorgeschlagen, der auf der Abschaffung des Eigenmietwerts sowie auf der Abzugsfähigkeit der Hypothekarzinsen für selbst bewohnte Liegenschaften basiert. Der Bundesrat hält allerdings an einem begrenzten Unterhaltskostenabzug fest, um dem Verfassungsauftrag der Wohneigentumsförderung gerecht zu werden. Ebenfalls zur Förderung des Wohneigentums soll Ersterwerberrn während zehn Jahren ein linear abnehmender Schuldzinsenabzug gewährt werden.

Bei der Revision der Wohneigentumsbesteuerung waren sich die beiden Kammern lange nicht einig. Während der Nationalrat für einen Systemwechsel (aber mit viel grosszügigeren Bedingungen) war, sprach sich der Ständerat zweimal nur für eine blosse Anpassung des geltenden Systems aus (Vereinheitlichung und Senkung des Eigenmietwerts auf 60% des Marktwerts). Bei der dritten Lesung schliesslich schloss er sich dem Nationalrat an und erklärte sich mit einem Systemwechsel einverstanden. Differenzen bestanden darauf noch zu den Modalitäten des neuen Systems, die erst in einer Einigungskonferenz bereinigt werden konnten. Die letztlich in den Räten verabschiedete Vorlage ist viel grosszügiger als der ursprüngliche Entwurf des Bundesrates, dies vor allem in Bezug auf den Unterhaltskostenabzug und den Schuldzinsenabzug für Ersterwerber. Die Steuereinsparungen (DBSt), die bei der Vorlage des Bundesrates 190 Millionen Franken betragen, bewegen sich nun in der Höhe von 480 Millionen Franken.

### Stempelsteuer

Hier wird das dringliche Recht in das ordentliche überführt und in beschränkten Bereichen der sich schnell entwickelnden internationalen Konkurrenzsituation auf den Finanzmärkten angepasst.

### Goldinitiative:

Die von der SVP eingereichte Goldinitiative verlangte, dass die überschüssigen Goldreserven der SNB (1300 Tonnen) für die AHV verwendet werden. Der Gegenvorschlag des Bundesrates, die Stiftung Solidarität Schweiz zu schaffen, wurde von der WAK-S überarbeitet. Sie schlug vor, das Kapital aus dem Verkauf der Goldüberschüsse in einen Fonds zu leiten. Dieses Vermögen soll während dreissig Jahren in seiner Substanz erhalten bleiben. Nur die Erträge sollen verwendet werden und zu gleichen Teilen der AHV, der Stiftung und den Kantonen zugute kommen. Die Vorschläge der ständerätlichen Kommission wurden in beiden Räten in ihren Grundzügen angenommen. In der Abstimmung vom September 2002 lehnten Volk und Stände allerdings sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab. Somit musste die Frage der Verwendung der 1300 Tonnen überschüssiger Goldreserven neu überdacht werden. Im August 2003 beantragte der Bundesrat dem Parlament, mit den Aktiven aus dem Goldverkauf einen Fonds zu schaffen, und nur die Vermögenserträge zu zwei Dritteln an die Kantone und zu einem Drittel an den Bund zu verteilen. Die WAK-N wurde mit dieser Vorlage betraut und wird dem Plenum ihre Vorschläge voraussichtlich in der Wintersession 2003 unterbreiten.

### Kartellgesetz

Das Kartellgesetz von 1995 wurde mit der Revision mit Zähnen versehen. Neu können Sanktionen von bis zu 10% des kumulativ in den vergangenen drei Jahren in der Schweiz erzielten Umsatzes verhängt werden. Damit Kartelle aufgedeckt werden, wurde eine Bonusregel eingeführt, mit welcher Unternehmen, die Kartelle bei der Wettbewerbsbehörde melden oder mit dieser im Kartellverfahren zusammenarbeiten, eine Sanktionsbefreiung bzw. -reduktion erhalten. Schliesslich wurde bezüglich Parallelimporten in weitem Sinne legiferiert: Erstens wurde bei den patentgeschützten Gütern ein Missbrauchstatbestand auf der Basis des Kodak-Entscheids des Bundesgerichts eingeführt und zweitens wurde im Bereich der Vertikalabreden ein Vermutungstatbestand eingeführt, der sicherstellen soll, dass Schweizer Unternehmer und Konsumenten Waren im Ausland kaufen können – so sollen Vertikalabreden zu Mindest- und Festpreisen und die Zuweisung von Gebieten mit einem Ausschluss von Verkäufen an gebietsfremde Vertriebspartner ausgeschlossen werden.

### Agrarpolitik 2007

Mit der Weiterführung der Agrarpolitik 2002 im Folgeprogramm AP07 wurden die Reformen weiter vertieft. Die Milchkontingentierung wird auf 2008 aufgehoben und mit einer Übergangslösung versehen; im Fleischbereich werden die Importkontingente zukünftig versteigert, was gerade auch kleinen Metzgereien ohne eigene Schlachtstätigkeit den Zugang zu ausländischem Fleisch sichern soll. Im Weiteren wurden soziale Abfederungsmassnahmen für die Berufsaufgabe beschlossen (v.a. Umschulungsbeiträge).

## **52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen**

Eine grosse Zahl von Initiativen konzentrierte sich auf die drei Bereiche Mehrwertsteuer, Landwirtschaft und Arbeitsrecht (v.a. Ferieninitiativen). Alle Initiativen konnten unter Einhaltung der Fristen behandelt werden. Die Vielzahl von Initiativen im Mehrwertsteuerbereich führte zur Erkenntnis, dass eine generelle Revision des Mehrwertsteuergesetzes notwendig ist, damit die verschiedenen Abgrenzungsfragen sowie weitere grundsätzliche Probleme gelöst werden können.

## **53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen ("2. Phase" von parlamentarischen Initiativen)**

Siehe oben Ziffer 24

## **54 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (GRN Art. 15 Abs. 2 Bst. b)**

Die WAK konzentrierte Ihre Tätigkeit auf den legislativen Bereich; generelle Diskussion gab es im Bereich des Wachstumsberichts sowie eine Diskussion mit Vertretern des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank und Diskussionen über Parallelimporte patentrechtlich geschützter Güter.

## **55 Koordination mit anderen Kommissionen**

Die Kommission wurde eingeladen, folgende Mitberichte zu verfassen: zum Exportförderungsgesetz (2000-2003) zuhanden der Aussenpolitischen Kommission (APK), zum Fusionsgesetz zuhanden der Rechtskommission (RK) und zum Finanzleitbild zuhanden der Finanzkommission. Beim Exportförderungsgesetz beantragte die Kommission zahlreiche Änderungen zum Gesetz wie auch zum Rahmenkredit. Sämtliche Anträge wurden sowohl von der APK wie auch später vom National- und vom Ständerat übernommen. Beim Fusionsgesetz beantragt die Kommission einige Änderungen zum Steuerrecht.

Die Abgrenzung zwischen Geschäften der APK und der WAK gab immer wieder Anlass zu Diskussionen. Da die Unterteilung in Binnen- und Aussenwirtschaft immer weniger aufrechterhalten werden kann, wurden Geschäfte wie die Exportförderung 2004 – 2007 der für Wirtschaftsfragen zuständigen WAK übertragen.

## **56 Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik**

Anlässlich der 1999 gescheiterten WTO-Ministerkonferenz in Seattle haben Parlamentarier aus Südkorea, Japan, Frankreich und der Schweiz (Nationalräte Ehrler und Sandoz) vereinbart, eine Interparlamentarische Versammlung über Landwirtschaft und Fischerei (International Parliamentarians' Association for Agriculture and Fisheries – IPAAF) als Antwort auf die Forderung der Zivilgesellschaft nach einer Demokratisierung der WTO-Strukturen zu schaffen. Die Gründungsversammlung fand vom 22.-24. Februar 2000 in Seoul statt. Die beiden WAK haben eine gemeinsame Delegation bestehend aus Nationalrat Strahm, Delegationsleiter, Nationalrat Baader Caspar und Ständerat Schiesser mit dem Auftrag entsandt, die Möglichkeit eines Beitritts der eidg. Räte zu prüfen.

Die Delegation hielt fest, dass es als grosser Erfolg bezeichnet werden kann, dass innert einem Monat 32 Parlamente an der Gründungsversammlung teilgenommen haben. Die Versammlung hat ihre Ziele erreicht (Verabschiedung der Statuten, Wahl der Präsiden, erste Kontaktnahme zwischen den Mitgliedern). Auf Antrag der WAK stimmten die Ratsbüros später dem Beitritt der eidgenössischen Räte zur IPAAF zu. 2001 fand die erste ordentliche Versammlung (mit den Nationalräten Ehrler, Delegationsleiter, und Baumann Ruedi, Vertreter der APK) wiederum in Seoul statt. Die Schweizer Delegation vertritt in der IPAAF ähnliche Anliegen wie der Bundesrat, sie will sich für eine Verstärkung der Schweizer Position für die Weiterentwicklung und die vertiefte Anerkennung der multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft einsetzen und auch dafür sorgen, dass Konsumentenangelegenheiten (Deklarationspflicht, Herkunftsbezeichnungen) Berücksichtigung finden.

Nach wie vor bleibt offen, ob sich die IPAAF durchzusetzen vermag und von der WTO im Bereich der Landwirtschaft auch angehört wird. Die in Japan für 2002 vorgesehene Generalversammlung wird voraussichtlich erst Ende 2003 stattfinden.